

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIEZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg



Titel: Abendausgabe

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19200820AB

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.



Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Der „Samburger Echo“
ersch. täglich, ausser
Sonntagen u. nach Festtagen
nur einmal. Preis: 20 Pf.
wöchentlich, 2 Mk. 4. monatlich.
10 A. vorauszahlung frei
ins Haus. Abnahmebestellung
monatlich 12 A.
Redaktion:
Hofstraße 11, 1. Etod.
Verantwortlicher Redakteur:
Walter Victor, Hamburg.
Expeditoren:
Hofstraße 11, 1. Etod.
Buchhandlung: Erbschloß.
Buchdruckerei: Kollatz.
Hofstraße 11, 1. Etod.

Einzelnummer morgens 20 A., abends sowie Sonn- und Festtags 30 A.

Samburger Echo

Am Morgen die Morgenblätter
Beitrag 2.20 A., nachmittags
50 Prozent Zuerstung
aufschlag. Arbeitsmarkt u.
Familienangelegenheiten
Anzeigen: 11 im Ge-
schäft (bis 7 Uhr abends
für den folgenden Tag),
in den stillen (bis 11 Uhr)
und in allen Annoncen-
Büros. Nach- und Nach-
schickungen ohne Verbindlich-
keit. Retikolen im redaktion-
ellen Teil werden auch gegen
Entgelt nicht angenommen.

Nr. 387.

Freitag, den 20. August 1920. — Abend-Ausgabe.

34. Jahrgang.

Verkehrsstreik und Allgemeininteresse.

In uns für sich und von privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten aus betrachtet, ist ein Streik eine Angelegenheit, die die Allgemeinheit wenig kümmert; er ist ein Streit, der sich zwischen Kapital und Arbeit abspielt, eine Auseinandersetzung, in die sich ein Dritter nicht hineinmischen hat. Die Arbeiter eines Betriebes oder eines Betriebszweiges verweigern aus diesem oder jenem Grunde dem Arbeitgeber ihre Arbeitskraft, um ihn durch eine wirtschaftliche Schädigung ihrem Willen genügen zu machen, sie wollen ihn durch Stilllegung des Betriebes zwingen, ihre Forderungen zu erfüllen. Dazu haben sie nach moderner Auffassung das volle Recht; denn da der Grundgedanke des freien Kaufens und Verkaufens auf dem Arbeitsmarkt herrscht, ist niemand verpflichtet, seine Arbeitskraft dem Unternehmer zu verkaufen, wenn er nicht will. Darum haben auch unsere Gerichte das Streikrecht für eine berechnete Waffe im Klassenkampf erklärt. Die Streikenden können für die durch den Streik entstehenden unangenehmen Folgen weder zivilrechtlich noch strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, falls sie sich im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen halten. Dadurch ist also das Streikrecht der Arbeiter und Angestellten grundsätzlich anerkannt.

So richtig und allgemein gültig dies auch ist, so gewinnt der Streik doch ein anderes Gesicht, wenn man ihn aus der Sphäre des Privatrechts in die des Sozialrechts hebt, wenn man ihn vom Standpunkt des Allgemeininteresses betrachtet. Zwischen Streik und Streik ist nämlich ein himmelstarker Unterschied, und es ist ein Fehler, wenn man alle Streiks über einen Kamm schert. Es gibt nämlich Streiks, die sich lediglich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abspielen, ohne daß die Allgemeinheit davon berührt wird, es gibt aber auch Streiks, durch die die Allgemeinheit in Mitleidenschaft gezogen, manchmal sogar auf schwerste Weise geschädigt wird. Wo es sich um persönliche, entbehrliche Bedürfnisse handelt, ist der Streik eine private Angelegenheit — zum Beispiel, wenn die Barbier oder die Zigarrenmacher streiken, wo aber allgemeine, unentbehrliche Bedürfnisse in Frage kommen — zum Beispiel, wenn die Bäcker, Bergarbeiter oder Gasarbeiter streiken —, gewinnt der Streik allgemeines Interesse, er wird zu einer öffentlichen Angelegenheit und muß vom sozialrechtlichen Standpunkt aus betrachtet und behandelt werden. Hier kann das Streikrecht, an und für sich das Grundrecht der Arbeitnehmer, zu einem Streikunrecht werden, weil es unter Umständen große Schädigungen im Interesse der Allgemeinheit herbeiführt, die die Allgemeinheit in Mitleidenschaft ziehen. Wenn man den Maßstab des Sozialrechts anlegt, der da besagt, daß das Allgemeinwohl höher stehen muß als das Interesse des einzelnen Menschen oder der einzelnen Gruppe, so läßt sich nicht einsehen, daß die Allgemeinheit die Kosten tragen und die größten Unannehmlichkeiten auf sich nehmen soll, weil die Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines Unternehmens sich nicht einigen können. Solche Streiks sind privatrechtlich durchaus berechtigt, sozialrechtlich aber müssen sie als unberechtigt bezeichnet werden. Das ist eine Tatsache, die unbestreitbar ist, das ist eine bittere Wahrheit, an der nicht gedregelt und gedankelt werden kann und darf.

Der gegenwärtige Verkehrsstreik in Hamburg ist hierfür ein Beispiel. Die Verkehrsarbeiter befinden sich in Differenzen mit der Betriebsleitung, sie stellen Forderungen, die die Betriebsleitung und das Arbeitgeberum nicht bewilligen kann oder will. Da keine Einigung erzielt wird, wird der Betrieb eingestellt, der Verkehr liegt still. Die Aktionäre werden dadurch kaum berührt, denn ihre Dividenden sind ihnen gesichert und sie haben andere Verkehrsmittel (Autos und Kraftwagen) zur Verfügung; die Betriebsleitung erklärt, daß sie durch die Einstellung des Verkehrs größere Ersparnisse mache, als wenn die Wagen laufen; aber die große Masse des Publikums muß die weiten Wege zu Fuß zurücklegen, sie trägt die Unkosten des Streiks. Die am Streik Beteiligten stehen demnach bei Fuß einander gegenüber, vielleicht wochenlang, denn „es geht hart auf hart“, aber wir Großstadtmenschen sind die Leidtragenden und haben den Schaden davon. Das ist ein durchaus unbilliger Zustand, das sind Dinge, die dem gesunden Menschenverstand, dem sozialen Empfinden und dem Rechtsbewußtsein direkt ins Gesicht schlagen. Wer möchte be-

streiten, daß ein solcher Verkehrsstreik ein Unrecht ist, daß alle Mittel und Wege ergriffen werden müssen, um ihn zu verhindern oder schnellstens zu beenden? Es darf eben zu keinem Verkehrsstreik kommen heute — das ist eine Forderung, die jeder vernünftige Mensch unterstützen wird. Daß wir in Hamburg einen Verkehrsstreik haben, ist ein Beweis dafür, daß es entweder an dem guten Willen oder an der nötigen Fähigkeit gefehlt hat, die Differenzen aus der Welt zu schaffen. Auf welcher Seite die Schuld oder der größere Teil der Schuld liegt, soll hier nicht untersucht werden, weil es nicht unsere Absicht ist, die Gegenläufe zu verschärfen oder gar Del ins Feuer zu gießen; es genügt, wenn wir sagen, daß große Fehler gemacht worden sind, die nun das Publikum ausbaden muß.

Offenbar ist die tiefere Ursache des Streiks darin zu suchen, daß die Verhandlungen im kapitalistischen Geiste und vom rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkt aus geführt worden sind. Die Arbeiter und Angestellten erklärten, daß sie mit ihrem bisherigen Einkommen nicht mehr auskommen könnten, die Vertreter des Betriebes erklärten, daß sie die höheren Löhne und Gehälter nicht bewilligen könnten, weil der Betrieb ohnehin schon unrentabel arbeite. Beide Teile haben unseres Erachtens den Beweis für ihre Behauptung erbracht. Die Kosten für den Lebensunterhalt sind so hoch, daß die bisherigen Löhne und Gehälter auf die Dauer nicht ausreichen erscheinen, andererseits befindet sich der Betrieb in einer Zwangslage; denn bei niedrigen Fahrpreisen können die Unkosten nicht gedeckt werden, und eine Erhöhung der Fahrpreise würde die Zahl der Fahrgäste zweifellos wesentlich vermindern. Was ist da zu tun — das ist die Frage, das ist der Angelpunkt, um den sich der Streik dreht. Rein kapitalistisch angesehen, gibt es hier keinen Ausweg, die Interessengegensätze lassen sich nicht ausgleichen, nur eine Kraftprobe vermag zu entscheiden, wer es am längsten aushalten kann und wer schließlich zu Krenzen frieden muß. Mit dieser Lösung der Frage ist aber der Allgemeinwohl nicht gedient, man kann ihn nicht zumuten, daß sie ruhig zusehen soll, bis der Kampf entschieden ist. Das Allgemeininteresse fordert dringend eine andere Lösung und darum auch eine andere Behandlung der Streitfrage, es verlangt, daß der Verkehrsstreik nicht von kapitalistischen, sondern von sozialistischen Gesichtspunkten aus behandelt werden muß. Nicht das Interesse der Arbeitnehmer darf allein entscheiden, auch nicht das kapitalistische Interesse der Arbeitgeber, das entscheidend sein, von einer höheren Werte aus muß man an die Sache herantreten.

Rein kapitalistisch betrachtet, kommt es auf die Rentabilität eines Unternehmens an, auf das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben, legt man aber den Maßstab des Sozialismus an, so tritt die Frage in den Vordergrund, in welchem Verhältnis ein Unternehmen zur Allgemeinheit steht, wie es auf das Gemeinwohl wirkt. Von diesem Gesichtspunkt aus kommt es nicht darauf an, daß ein Unternehmen Überschüsse abwirft, sondern daß es die Bedürfnisse der Staatsbürger befriedigt. Soziale Einrichtungen (Schulen, Krankenhäuser, Gerichte, Gefängnisse ujm.) sollen soziale Zwecke verfolgen ohne Rücksicht auf Rentabilität, wenn letztere natürlich auch nicht ganz außer acht gelassen werden darf, die Bedarfsdeckung der Allgemeinheit und die Förderung des Allgemeinwohls muß ihr oberstes Gesetz sein. Zweifellos ist unser Verkehrswesen eine solche soziale Einrichtung; es verfolgt den Zweck, die Menschen von dem einen Orte zum anderen zu befördern. Wenn bei der Erfüllung dieser Aufgaben Gewinne herauspringen, oder wenn sich Einnahmen und Ausgaben das Gleichgewicht halten, so ist das selbstverständlich sehr erfreulich, wenn aber die Verhältnisse dergestalt sind, daß sich dies nicht ermöglichen läßt, so muß eine Unterbilanz eben im Interesse der Allgemeinheit mit in den Kauf genommen werden. So wie die Sache heute liegt, erfordern alle öffentlichen Einrichtungen Zuschüsse, und so muß auch bei der Aufrechterhaltung des Verkehrs der Staat eingreifen, wenn alle anderen Mittel, eine Rentabilität zu erzielen, versagen. In unserm speziellen Falle heißt das also: Wenn Hochbahn und Straßenbahn sich nicht rentieren können, so muß die Gesamtheit, in diesem Falle also der Staat, helfend einpringen, weil es ein Unrecht wäre, von den Angestellten und Arbeitern zu fordern, daß sie auf Kosten ihrer Lebenshaltung ihre Tätigkeit verrichten sollen, und weil es ein unbilliges Verlangen wäre, daß das Publikum die aus einer Stilllegung des Verkehrs entpringenden Nachteile und Unannehmlichkeiten ruhig in den Kauf nehmen soll.

Im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung dreht es sich also darum, daß der Hoch- und Straßenbahnbetrieb möglichst schnell wieder aufgenommen wird. Können die Angestellten und Arbeiter den Nachweis erbringen, daß ihre Forderungen oder ein Teil ihrer Forderungen berechtigt sind, so müssen diese be-

willigt werden, das Geld mag herkommen, woher es will; ist es nicht möglich, auf anderem Wege einen Ausgleich zu schaffen zwischen Einnahmen und Ausgaben, etwa durch eine Herabsetzung der Dividenden für die Aktionäre oder durch anderweitige finanzielle Maßnahmen, auch hier in den sauren Apfel beißen und Zuschüsse leisten. Deshalb sind erneute Verhandlungen nötig, die aber getragen sein müssen von sozialem Empfinden und vom Geiste der Versöhnung, damit sie das wünschenswerte Ergebnis haben. Es muß über kurz oder lang doch zu Verhandlungen kommen, denn der Streik kann ja nicht ewig dauern, und da läßt sich nicht einsehen, warum wir erst warten wollen, bis die wirtschaftlichen und sonstigen Schädigungen unerträglich geworden sind. Ein Verkehrsstreik ist nun einmal ein Unrecht, und es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn es nicht Mittel und Wege gäbe, ihn aus der Welt zu schaffen. Es ist ein wahrer Hohn, daß die Hoch- und Straßenbahner müßig herumstehen, daß die Aktionäre ihre Dividenden ruhig in die Tasche stecken und daß sie, um ein Einverständnis zu gebrauchen, aus ihrem Auto kicken „vornehm auf den großen Haufen derer, die zu Fuß laufen“. Das Publikum hat keine Lust mehr, unter der Hartköpfigkeit und dem Starrsinn der Beteiligten zu leiden, es verlangt deshalb dringend, daß eine Einigung herbeigeführt wird. Der Standpunkt „hart gegen hart“ hat heutzutage seine Geltung verloren, in der heutigen schweren Zeit kommt es darauf an, die Gegenläufe auszugleichen, damit unser wirtschaftliches Leben nicht noch mehr herunterkomme, wie es ohnehin schon der Fall ist. Den Luxus des Streiks kann sich das deutsche Volk nicht mehr erlauben, und darum erheben wir den Ruf: „Mögen die Konflikte dafür sorgen, daß die Allgemeinheit keinen Schaden leidet!“ F. L.

Die Lage in Oberschlesien.

Wie die „Sozialistische Korrespondenz“ berichtet, wird die Situation in Katowitz vom Staatssekretär für öffentliche Ordnung nach wie vor als sehr gespannt und äußerst bedrohlich angesehen. Es ist auch heute noch nicht möglich, schreibt die „Deutsche Allg. Ztg.“, die Frage, wie man den Vorgängen in Katowitz die Schuld aufzubürden will, einwandfrei festzustellen. Die Unterdrückung wird von deutscher Seite rückwärts geführt werden. Die Vorgänge der letzten Tage haben gewiß das Blut der Oberschlesier doppelt in Wallung gebracht. Trotzdem müssen sie Selbstbeherrschung bewahren. Es werden volles Verständnis ihrer Lage im ganzen deutschen Reich finden. Gerade deshalb aber darf man ihnen gegenüber auch die Forderung ausprechen, daß das, was in diesen Tagen Beharrlichkeit gefordert, nicht weitergeführt wird zu neuen Konflikten, die ihre Lage und die des Reiches aufs neue erschweren.

Der „Vorwärts“ berichtet aus Oppeln, daß der französische General Gattay das Theater und den Ring besetzen ließ und Patrouillen durch die Straßen schickte, die rückwärtslos von der Waffe Gebrauch machten. Infolge der Absperrung des Rings sammelten sich Laufende von Menschen an und es kam gestern nachmittag wiederholt zu Zusammenstößen. Mehrere Personen sind getötet und verwundet worden. An die Vertreter der Verbände und der Gewerkschaften hielt der General eine fabelhafte Drohsprache und wollte sich nachher auf irgendwelche Erklärungen der Vertreter nicht einlassen. Es gelang aber schließlich doch, eine Versprechung herbeizuführen, in der jedoch an der Tonart wenig geändert wurde.

Vom östlichen Kriegsschauplatz.

Der polnisch-französische Gegenstoß vor Warschau. Gavas zufolge dauern die Erfolge des polnischen Heeres auf dem rechten Flügel an. Die Truppen des Generals Pilsudski bedrohen die russischen Kolonnen, die auf Warschau marschierten. Die französischen Offiziere spielen bei der polnischen Offensive eine wichtige Rolle.

Der Beschluß des englischen Oberkommandos für Dänzig. Kein Kriegsmaterial für Polen zu verladen, wird von der französischen Presse kritisiert. Sie weist darauf hin, daß England während des Krieges aus den neutralen Ländern Kriegsmaterial bezogen habe.

Keine französischen Truppentransporte durch Süddeutschland. In München erklärte Reichsverkehrsminister Groener, die Gerüchte von französischen Truppentransporten durch Süddeutschland nach Polen seien Schwindel.

Die Gegenoffensive Wrangels in Südrussland. Die „Times“ melden aus Konstantinopel, daß General Wrangel eine Verstärkung von 30 000 Mann erhalten habe und daß auch die Donkosaken zur Hilfe kamen. Es sei ihm gelungen, die Eisenbahnverbindung zwischen den Kubankasernen und der Hauptstadt der Bolschewiken zu unterbrechen.

Drei Tage darnach war die Lande. Sie sollte in aller Stille verlaufen, denn die Sternsteinhofin lag so kraftlos dahin, als ob sie sich des Lebens oder Sterbens bewußte, und bei jedem aufdringlichen Laut durchzitterte sie wie vom Schreck bis zu dem Rücken.

Als der junge Bauer, von nur wenigen Gästen geleitet, mit der Partin, einer der reichsten Bäuerinnen in der Umgebung, und der Gattin, welche in einem reichlichen Laufzuge ein würdevolles, misshandelter Mannes trug, die Stufen zur Kirche hinaufging, lebte an der Wunderrüstung dem Rortale gegenüber, das Weib des Herrgottsmachers mit dem dicken, pommerschen Ruten aus dem Arm.

Er horchte Helene ins Gesicht, sie sah mit leicht gerungenen Brauen nach ihm, auch das Kind blinnte ihn so großmütig und ernst an, daß sie den Kopf und sein Licht glatt an der fröhlichen Gestalt des Weibes berührte.

Die Laufzugen traten in die Kirche, die heilige Handlung begann. Nachdem die reiche Bäuerin namens des Taufzuges versprochen, alles zu glauben, was die Kirche zu glauben vordreht, und dem Tausel und seinen Werken zu entsagen, erhielt das kleine Gertrudchen — es war ein Mädchen — zu Ehren der Partin deren Namen Juliana.

Als der Tag die Kirche verließ, ging der junge Sternsteinhof vorangeht, wie wenn er vor sich auf dem Boden nach etwas suchte, er wußte, daß Helene noch da war, er fühlte es, daß sie ihn beobachtete, er hätte es auch gewußt und gefühlt, ohne die Fußspitze ihres rechten Fußes zu sehen, die spielend kleine Kiesel weggeschleifte.

Vier Wochen mochten seit dieser Begegnung vergangen sein, der zweiten in den anderthalb Jahren seit Zonis Selbsttötung, da kam eines Abends, ziemlich spät, die alte Zinshofer noch herübergelaufen und lud Helene mit wichtigem Gesicht und feimlichem Augenwinkeln ein, in die alte Kütte hinter ihr zu kommen.

Der jungen Kleinbinderin war sehr verdrießlich und beschleunigt das Gebären gundig; sie fuhr die Alte mit dem Kopf, das gleich am Ort auszuliegen, was es gäbe, aber da diese rasch hinauslief, so folgte sie ihr verdorren nach.

Als die beiden drinnen traten, saß der junge Sternsteinhof auf der Genußbank, den Rücken an die Wand gelehnt, mit herabhängenden Armen und blickte langsam, wie müde, den Kopf nach der Kütte.

Helene blieb an der Schwelle stehen, sie streckte den vollen, runden Arm gegen ihn aus und schüttelte mit dem Kopf.

Politische Nachrichten.

Die Orgehegefahr in Preußen.

(Eigener Bericht.)

Aus Ostpreußen kommen allerhand Meldungen über die Orgehegefahr. Es wird behauptet, daß Radspittel auf einen offenen Konflikt hinarbeiten. Sie propagieren nationale, sozialistische Experimente und fordern in gerumpelten Motorenformen zur Bildung der Rätepublik auf. Die „Königsberger Hartungische Zeitung“ fragt: Woher nehmen die Orgehege und die Selbstschutzbünde die Millionen?

Korrespondent Dr. Escherich protestiert in einem Telegramm an den Reichspräsidenten gegen das Verbot der Orgehege in Preußen, welches nur aus Unkenntnis oder Mißachtung der Ziele und des Wesens seiner Organisation getroffen sein könne. Im Ueber-einstimmung mit der rechts stehenden Presse beruft er sich auf die Reichsverfassung, die allen Deutschen das Recht gebe, sich zu strafrechtlich nicht bedenklichen Zwecken zusammenzuschließen.

Die Bildung bedenklicher Organisationen ist durch das Straf-gesetz ausdrücklich verboten. Was würde die rechtsstehende Presse sagen, wenn die Kommunisten das gleiche Recht im Anspruch nehmen würden?

Die Kappisten wieder oben.

Wie der „Vorwärts“ berichtet, hat der reaktionäre General v. Braun, der Chef des Personalamts im Reichsverminis-terium, dem Untersuchungsamt für die Kapp-Lage unter Hinweis auf einen Beschluß, der sich auf die Amnestie stützt, aufgehoben. Der sozialdemokratische Bevollmächtigter dieses Ausschusses, Genosse Scherer, hat gegen dieses Vor-gesetz einen Protest eingelegt, der bis heute unbeantwortet ge-blieben ist. Der „Vorwärts“ weist darauf hin, daß Offiziere, gegen die der Ausschuss auf Dienstleistung erkannt hat, von dem Personalamt in verantwortliche Stellen der Reichswehr hineingeführt wurden. Weiter wird behauptet, daß die Offiziere, die infolge einer Reihe günstiger Umstände sich herausgeschwün-geln vermochten, gegen ihre Anklagen aus der Krippe eine große Vergeltungsaktion einzuleiten beabsichtigen.

(Nach allem, was vorausgegangen war, darf man sich über diese Entwicklung kaum noch wundern.)

Erleichterungen in der Bauwirtschaft.

Durch Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers vom 16. August sind, wie die „R. P. Z.“ erfahren, für die Zement- und Zementwaren-Erleichterungen geschaffen worden, als die für den Bezug von Zement dargelegten Beschränkungen der Freigabe keine bis auf weiteres in Wegfall kommen. Das gleiche ist im Einverständnis mit dem Reichsarbeitsminister für Kall und Zement angedacht worden. Eine Ausnahme von dieser Regel-geltung gilt für die südwestlichen Länder, wo besondere Bestim-mungen Platz greifen. Die erwähnten Erleichterungen, die den seit längerer Zeit aus Industrie- und Bauwirtschaften geäußerten Wünschen entsprechen, können jetzt zur Durchführung gelangen, da infolge der seit einiger Zeit eingetretenen Aufbesserung und der gleichzeitigen Produktionssteigerung der Bedarf an Zement für absehbare Zeit gedeckt erscheint. Es kam auch von dieser Maßnahme in Verbindung mit dem inzwischen erfolgten Preis-abbau für Zement eine Besserung des Baumarktes erzielt werden.

Französische Militärjunkte im Saargebiet.

Kabas meldet aus Metz: Das Kriegsgericht Saar-brücken verurteilt den Polizeioffizier Saardbrücken zu drei Monaten Gefängnis und 300 A. Buße, weil sie bei Provokationen des Belagerungsaufstandes Hindernisse in den Weg legten.

Das Kriegsgericht in Mainz verurteilte wegen Propa-ganda zugunsten Deutschlands im Saargebiet drei Deutsche zu 20 Jahren Gefängnis und Lebenslängsverbot, einen Preußen zu 10 Jahren Gefängnis und Lebenslängsverbot, vier andere zu einem Jahr Gefängnis und 10 000 A. Buße.

Das deutsche Eigentum in Portugal.

Die Verwaltungsbehörde für das feindliche Eigentum in Lissabon hat unter dem 4. August dieses Jahres verfügt, daß alle deutschen Kaufleute die Maßgabe ihrer Kaufmännischen und privaten Archive belegen können, die sich zurzeit im feind-lichen Besitz befinden. Nach Ablauf von 30 Tagen vom Datum der Veröffentlichung ab wird zum Verkauf der nicht zurückbe-haltenen Archive geschritten werden.

Von den Polen!

In den deutsch-gebliebenen Teilen Ostpreußens werden Dankesfeste gefeiert, bei denen der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß die losgelassenen deutschen Gebiete ihrem Wunsch nach wieder zu Deutschland zurückkehren. Die Polen haben sich in einem Ort des abgetrennten Gebietes etwa 150 Deutsche verhaftet, schwer mißhandelt und nachher abtransportiert. Man weiß nicht, wohin. Vier von ihnen wurden gegen Kaution frei- gelassen.

Das Städtchen Birnbaum an der deutsch-polnischen Grenze, das fast 5000 Einwohner hat, beherbergt jetzt 15 000 Flüchtlinge. Ein Pfund Butter kostet 120 polnische Mark.

Der Sternsteinhof.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Angenberger.

[80]

Was dem alten Sternsteinhof die Junge löste, war aber nicht etwa einwöchiger Gerechtigkeitssturm, der sich dagegen sehr, Unschuldige mit Schuldigen leiden zu lassen, mer das gedacht hätte, der kannte den Alten fähig; dessen Inkompetenz entließ keiner so lauten Quelle, sondern mit Bedauern sei es ge- sagt, einem weiten, überholten Wesen menschlicher Schwach- heit. Doch widersprach es ganz und gar seinem anfänglichen Vorurteil, häufig bestellte sie stehen und ruhig zuzusehen, wie die jungen Leute abwärtsstiegen, daß er nun dem einen Teile zusehen konnte und dadurch die Fehler des anderen ausgleich, aber nach wie vor blieb er gegen Dorn unfeindlich, dessen Dorn und Annäherung er schloß zurückzuweisen; das hätte dem jungen Bauern allerdings nicht schwer aufgefallen, doch als er sich recht bequem an den Boden drückte und die Bäuerin zu direkten An- fragen an den Vater herantrat, da sagte er: „Gib, Du irrst wohl, das und das weiß der Dorn sicher, er hat mit darüber nichts verlorben lassen.“ So mußte denn jeder Angelegenheit halber vorab der Bauer seine Not klagen und einlegen, daß er nicht auswisse, und dann die Bäuerin ihres Mannes „Lebernehmen“ bedauern und Abhilfe erbitten, das war es, worauf der alte Sternsteinhof bestand, dieses Demütigen und Weiten schmeichelte seiner Eitelkeit!

Abendings waren die jungen Sternsteinhofleute keine ge- meinen Menschen, sondern von einer edleren Gattung, etwa Blau- und es löste sie einige Lebernehmen, die zu solchen gefügigen und schmeichenden Schlingen zu verfallen, als sie aber merkten, daß der alte Rabe auf andere Weise nicht zu bewegen war, den Schnabel aufzupacken und den Käse fallen zu lassen, ergaben sie sich darin und taten ihm seinen Willen, um den übrigen durchzusetzen.

Unter solchen Umständen, alles ihm zukommenden Respektes fähig, eile es dem Alten gar nicht, seine Ausnahm' unter Dorn zu bringen, doch als nach einem Jahre auf dem Sternstein- hof ein Meines zu erwarten stand, da ließ er sich die Verheirä- tung des Bauers sehr angelegen sein, brachte Stunden auf dem Arbeitsplatz und sah schalt und eckerte mit den Werkleuten, denn sobald das Kind oben einzog, wollte er heruntergehen; „un-

Kindergescheit fand' er in sein' Alter mehr sein' Gefallen," sagte er.

17. Mit einbrechender Nacht war der Wagen über die Brücke ge- kommen und durch das Dorf gerollt, man konnte nicht schnell genug den Kopf nach dem Fenster wenden, vorüber war er.

Vor dem Wirtshaus hatte der Wirt gestanden, in dem Zube- räume einen Kredit vom Sternsteinhof erkannt und, in mach- tigen Schritten nebenher rennend, ihn angerufen.

„Wohin, Wirt?“

„In d' Stadt!“

„Was alt?“

„Der Wirtin — 'n Doktor!“

Worauf die Wirtin die Hände zusammengeschlagen. „An're liebe Frau sieh' der armen Seel bei!“

Mit frühem Morgen kehrte der Wagen wieder, und als er oben im Gefäß anhielt, stürzte der junge Bauer seinen Blickes und wirren Hauptes herbei, den kleinen, vierköpfigen Mann, der abhielt, beim Essen fesseln. „Gefäß, helf's, Herr Doktor, ich kann den Jammer nimmer länger anstehen!“

Der Arzt gelangte, mehr hinangedrängt und geschoben, als selbst steigend, die Treppe hinauf.

Drei Viertelstunden später lag oben in der dunklen Stube, deren verhangene Fenster Licht und Luft ausschloßen, ein gar schwaches, gartes, gelbliches Kind und ein faches Weib.

Als der Doktor sich fleißig mit dem buntenfaden Taschentuche die Stirne trocknete, vom jungen Bauer geleitet, die Stube herabkam, wollte eine Woge die folgenden Weiden erschauern.

„Derr“, sagte der Bauer, „das war' denn, als hält' ich kein Weib.“

„Gib' doch zu verhängen“, sagte der Arzt, „war meine Pflicht. Ob Ihr sie überhaupt noch lange behalten werdet, weiß ich nicht, wenn Ihr sie aber bald los sein wollt, braucht Ihr bloß meinen Rat zu überhören.“

Da erbot sich der Bauer die Dirne, sie ward von ihm ange- rufen und mußte eine flache Wein, Schinken und Brot für den Doktor nach der Daurde schaffen. Die Gefährlichkeit, mit welcher das kleine, runde Mädchen darüber herfiel, und dessen schmeich- lichen Begaben war für die barmherzige Gemütsstimmung Zonis ein so widerprüchlicher Anblick, daß er sich häufig mit der An- deutung, „oben nachsehen zu müssen“, hinweg begab, was sicher auch dem Doktor sehr gelegen kam, der, allein gelassen, sofort jede beliebige Miene anlegte und unter dem Ruten einen hohen Grabe von Wohlgefallen in unerschütterlichen Lauten aufmachte.

Fortsetzung folgt.

Die „Weltbühne“ erscheint wöchentlich und kostet: 1,80 M die Nummer, 20 M vierteljährlich. Probenummern kostenfrei durch alle Buchhandlungen und Postanstalten sowie durch den Verlag der Weltbühne, Charlottenburg, Bernburgstraße 25.

Die Weltkugel, von Johanhuysen XVI. Jahr, Wochenchrift für Solitt, Kunst, Wißschafft, herangezogene von Siegmund, in der Nummer 34: Europas Selbstbild, von Heinrich Strobel. Solens militärischer Aufstandsbund, von Lukas Strupp, von Hans Ganz. Examinirte Decime, von Anna Strobel. Der Götter, von Maria Grottel. Auf dem Tische sitzt ein Greis, von Walter Wehring. Rindschäuf, von Lützen und Walzer. Antmoren.

Die „Weltkugel“ erscheint wöchentlich und kostet: 1.80 Mk. die Nummer. 20 Mk. vierteljährlich. Probeheften kostenfrei durch die Buchhandlung. Bestellungen und Abbestellungen durch den Verlag der Weltkugel, Charlottenburg, Bernburgstrasse 10.

sondern in gewinnstüchtiger Absicht geschieht, zu welchem Zweck diese großen Wohnungen gemietet werden. Carl Meher.

This image shows a blank, aged, cream-colored page, likely an endpaper or flyleaf of a book. The paper has a slightly textured appearance with some faint smudges and discoloration, characteristic of old paper. The left edge of the page shows the binding of the book.